Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erscheint
wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Vierteljahr 12.00 Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage Haus und Herd.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 13.50 Mk.
Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher Nr. 27.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene 8 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit 1.— M. berechnet; auswärts 1.50 M. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 3.— Mk. Verbindlichkeit für Platz-, Datenvorschrift und Beilagelieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 20771.
Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt 50 Pf.
Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer, Spangenberg • Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 58. Donnerstag, den 18. Mai 1922. 15. Jahrgang.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 18. Mai 1922.

× **Wohlfahrtsgemeinde und Altershilfe.** Mit der Erhebung der Jahresbeiträge für die Wohlfahrtsgemeinde und die Sammlung von Spenden für die Altershilfe des deutschen Volkes wird dieser Tage begonnen. Aufrufe, die über das Wesen der Altershilfe Aufschluß geben, sind an verschiedenen Stellen der Stadt angebracht. Erfreulicherweise machen sich Bestrebungen, wie sie sich in der Wohlfahrtsgemeinde verkörpern, auch anderwärts (Cassel, Hersfeld usw.) geltend. Allerorten bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die Gesamtheit der Bevölkerung für die Notleidenden eintreten muß. Für die Bewegung sind überall die gleichen Gesichtspunkte (Zusammenfassung aller Kräfte auf freier Grundlage — Verein — Freiwilligkeit der Leistung und Selbsteinschätzung nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse) maßgebend. Die Nächstenliebe tritt einen Siegeszug an. Die Aufrufe für die Altershilfe besagen, daß auch Lebensmittel entgegengenommen werden. Möge sich auch in Spangenberg die Geber- und Opferfreudigkeit regen. Wenn alle Spangenberger Männer und Frauen, die das 17. Lebensjahr vollendet haben, sich zur Wohlfahrtsgemeinde bekennen, kann vielen Bedürftigen geholfen werden. Angesichts des erhabenen Zweckes der Einrichtung wird dringend gebeten, ansehnliche Jahresbeiträge zu stiften. Bei der Höhe der täglichen Ausgaben für die Lebensbedürfnisse belastet es keinen, wenn er einen gewissen Betrag für die edle Sache opfert. Der einstweilige Vorstand der Wohlfahrtsgemeinde gibt dem Wunsche Ausdruck, daß der Jahresbeitrag der einzelnen Gemeindeangehörigen mindestens 10 Mk. betragen und daß die große Mehrheit über diesen Satz hinausgehen wird. Also Herzen und Hände auf!

+ **„Maikäfer flieg!"** Nun sind sie in Scharen da, die von der Jugend sehnsüchtig erwarteten, vom Forst- und Landmann mit Recht gefürchteten Maikäfer. Daß es diesmal ein Maikäferjahr gebe, war ja bekannt. Die warme Witterung der letzten Maitage hat jetzt die braunen Gesellen in Massen aus dem Boden schlüpfen lassen, und es in der Luft von ihrem unbehaltenen Flügelschlag. Die Jugend macht mit Stangen und Tüchern eifrig Jagd auf sie und freut sich jedes Stückes, das sie gefangen. Am besten schüttelt man sie bekanntlich des Morgens von den Bäumen, wenn sie von Kälte und Tau erstarrt sind. Zu Dutzenden und Hunderten fallen sie dann auf die Erde und können mühelos zusammengelesen werden. Für die gefiederten Insektenfresser gibt es gute Tage, denn so ein Maikäfer ist ein fetter Bissen. Wir brauchen die Hilfe unserer Vogelwelt gegen die Maikäfer recht nötig, besonders wenn sie in Massen wie in diesem Jahre auftreten. Ausgiebiges Regenwetter tut dem Ausbreiten und der Freßgier der Schädlinge ebenfalls erheblichen Abbruch.

Aus Nah und Fern

Eubach. Goldene Hochzeit. Der am 7. Januar 1842 hier geborene jetzige Oberzahlmeister a. D. Rechnungsrat J. Wagner in Hanau begeht am 19. Mai bei guter Gesundheit mit seiner Gemahlin Elisabeth geb. Franke das Fest der goldenen Hochzeit. Der Genannte feierte im Januar seinen 80. Geburtstag. Seine treue Lebensgefährtin steht im 77. Lebensjahre.

Körle. Ermordet! Was man zuerst nicht glauben wollte, es ist Tatsache. Das am Dienstag in der Fulda tot aufgefundene Dienstmädchen Elisabeth Pfeiffer von der Körler-Mühle ist ermordet worden. Die gestern Abend vorgenommene Obduktion der Leiche ergab Strangulationsmerkmale am Halse. Wahrscheinlich hat der Täter die Unglückliche zuerst mit einer Schnur oder Drahtschlinge von hinten erwürgt und dann ins Wasser geworfen. Die Nachforschungen zur Aufklärung der Mordtat sind eifrig im Gange und man glaubt dem Täter bereits auf der Spur zu sein. Das schauerliche Ereignis hat hier große Aufregung hervorgerufen. Man erinnert sich des Verbrechens der Neujahrsnacht 1920. Damals wurde gleichfalls ein Dienstmädchen der Körler-Mühle umgebracht und ins Wasser geworfen. Der Täter erhielt zwölf Jahre Zuchthaus.

Cassel. Am Montag abend fuhr ein Automobil vor einer Wirtschaft in der Hohenzollernstraße vor. Die Insassen, vier Herren und eine „Dame", traten in das Lokal ein, öffneten ohne weiteres den Schrank und nahmen mehrere Flaschen Likör heraus. Als sie von dem Kellner zur Rede gestellt wurden, mißhandelten sie ihn auf schwerste Weise. Bevor aber die Schutzpolizei erschien, sprangen alle fünf in das Auto und fuhren davon.

Rauschenberg. Die im 31. Lebensjahre stehende Ehefrau des Schmiedemeisters St. erlitt einen Krampfanfall, verlor Sprache und Bewußtsein und mußte nach Hause gebracht werden. Ein sofort von Marburg herbeigerufener Professor konnte den Eintritt des Todes nicht mehr hindern. Er stellte fest, daß durch Krampfadern körnig gewordenes Blut in die Lunge eingedrungen und so den Tod herbeigeführt habe.

Fulda. Um ins Krankenhaus zu kommen, verschluckte der wegen dringenden Verdachts, Diebstähle auf den Bahnhöfen Bad Salzschlirf, Grünberg, Alsfeld, Niederaula, Malsfeld usw. ausgeführt zu haben, im hies. Untersuchungsgefängnis sitzende Karl Schneider aus Lowowel, Kreis Puck in Polen, einen Löffelstiel.

Nesselröden. Ueberfahren wurde das 4jährige Söhnchen des hiesigen Landwirts Hahn. Während der Fuhrmann des mit Ziegelsteinen beladenen Wagens die Hemmschraube anzog, um langsam den abschüssigen Weg hinabzufahren, kam das Kind, das auf der Straße spielte, unter das Gefährt. Der Wagen ging ihm über den Körper. Eine ärztliche Untersuchung ergab den Bruch mehrerer Rippen und eines Beines.

Bad Orb. Auf dem früheren Truppenübungsplatz Wegscheide sind 1200 Frankfurter Kinder unter Begleitung der Lehrer und Lehrerinnen eingetroffen. Die Kosten betragen für jedes Kind pro Tag 27 Mk., wobei die Kinder selbst 10 Mk. bezahlen, während die restlichen 17 Mark von der Kinderhilfe in Frankfurt aufgebracht werden.

Nordhausen. Hier ist der Milchpreis um 50 Pfg. das Liter ermäßigt worden.

Spitzen.

13] **Roman von Paul Lindau.**

Copyright 1920 by Wiemanns Zeitungsverlag. Berlin W 66.

Der Kutscher fühlte sich durch das vertrauliche „Du" angeheimelt und fuhr, so gut es bei der schlechten Beschaffenheit der Wege und seinem mangelhaften Pferde eben möglich war.

Kurz vor halb elf war die Droschke am Ziel angelangt. Hotte sprang heraus. „Warte hier einen Augenblick!" rief er dem Kutscher zu. Er bog rechts ab in die Gollnowstraße.

V.

Friedrich Wildicke, den Johann Hotte jetzt aufsuchte, war ein der Kriminalpolizei sehr wohlbekanntes und in der Berliner Verbrecherwelt unter dem Namen „Humpelfritze" in hohem Ansehen stehendes Individuum, dessen ausdrucksvoller Kopf mit den krausen schwarzen Haaren und dem zierlichen schwarzen Schnurrbart im Verbrecheralbum unter dem Rubrum „Schwere Einbrecher" eingereiht war.

Wildicke und Hotte hatten zusammen bei demselben Schlossermeister an dem Schraubstocke gestanden. Wildicke war aber schon seit drei Jahren Geselle und ein tüchtiger, ungewöhnlich geschickter Arbeiter, während der für das Handwerk viel weniger taugliche Hotte eben erst ausgelernt hatte, als der Krieg ausbrach. Beide wurden der schweren Artillerie zugewiesen, und es bestand zwischen ihnen während des Feldzuges ein gutes kameradschaftliches Verhältnis. Aber Wildicke war ein schlechter Soldat, unordentlich, nachlässig im Dienst, mitunter sogar aufsässig. Er wurde mehrfach und hart bestraft. Hotte dagegen hielt sich ausgezeichnet und wurde wegen seiner Tüchtigkeit im allgemeinen und einer schneidigen Tat insbesondere im Dezember 1870 mit dem Eisernen Kreuze ausgezeichnet.

Nach dem Feldzuge und nach ihrer Entlassung aus dem Dienste verloren sich die beiden aus dem Gesicht. Dem Handwerk, das sie erlernt hatten, wandten sie beide den Rücken.

Hotte nahm eine Dienerstelle an. Seine vorzüglichen Militärpapiere und seine Auszeichnung verschafften ihm sogleich Stellung. Seit drei Jahren war er auf dem Gipfel des Erreichbaren angelangt: er war Kammerdiener Sr. Exzellenz des Grafen von Iseneck, also erster Diener in einem ersten Hause. Aber er gab das Geld zu leicht aus. Er hatte noch nichts hinter sich gebracht; im Gegenteil, er hatte Schulden, die ihn drückten, — jetzt mehr als je, da er sich um Ostern mit Berta Schmider verheiraten wollte. Berta hatte zwar eigene Ersparnisse, aber es langte noch nicht zur Begründung der von den Brautleuten ersehnten unabhängigen Lebensstellung.

Sein Lehr- und Kriegskamerad Wildicke hatte es schlimmer getrieben. Er war verbummelt und verludert aus Frankreich zurückgekommen, scheu vor jeder ernsteren Arbeit, und er war in die schlechteste Gesellschaft geraten. Schon im Jahre 1872 wurde er bei einem schweren Einbruche in der Behrenstraße abgefaßt. Da er noch keine Vorbestrafung hatte, kam er diesmal noch ziemlich davon. Gleich nach seiner Freilassung verübte er im Winter 1873 auf 1874 eine ganze Reihe von schweren Einbrüchen, zum Teil tollkühnster Art, die das ganze westliche Viertel zwischen Brandenburger und Potsdamer Tor in Aufregung brachten. Von den zehn, zwölf Einbrüchen, die sicher auf sein Konto kamen, konnte ihm indessen nur ein einziger — eben der, bei dem er auf frischer Tat ertappt wurde — nachgewiesen werden. Dieser war aber unter so verwegenen Bedingungen ausgeführt worden, und seine Beteiligung an den anderen gleichartigen war in so hohem Maße wahrscheinlich, daß Wildicke, in dem man einen besonders gefährlichen Verbrecher vor sich zu haben wußte, sogleich zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt wurde.

Seit dem Monat Mai des Jahres 1879 war er wieder auf freiem Fuße, unter strenger polizeilicher Aufsicht. Trotzdem hatte er schon abermals verschiedene Einbrüche begangen, die für die Kenner ganz unzweifelhaft den Stempel seiner Mache trugen. Aber es war nicht möglich, ihn zu fassen. Man fand niemals eine Spur der gestohlenen Gegenstände.

Jeder Verbrecher hat bekanntlich seine Spezialität: der Kellerdieb räumt nicht den Boden ab, der Ladendieb bricht nicht ein, der Einbrecher verschmäht den einfachen Diebstahl. Wildicke's Eigenart war die: er stahl nur Gold und [illegible], Juwelen und dergleichen, und zwar [illegible] Einbruchs der als diebesfischer gerühmten [illegible]. Er hatte sogar für seine Taten seine [illegible] geographische Begrenzung. Er brach nur im westlichen Teile von Berlin ein. Sein Arbeitsfeld begann in der Behren- und Leipzigerstraße, Unter den Linden, westlich von der Friedrichstraße, und erstreckte sich von da über den Tiergarten bis zu dessen Ausläufern.

In einem, von Dienstboten guter Häuser viel besuchten Keller in der Mauerstraße trafen Wildicke und Hotte eines Abends wieder zusammen. Das Wiedersehen war sehr herzlich. Johann hatte keine Ahnung, was sein alter Kamerad in der Zwischenzeit getrieben, und welche Laufbahn er eingeschlagen hatte. Sie tauschten beim Glase Bier in gemütlicher Unterhaltung alte Erinnerungen aus, und sie sprachen auch von ihrer gegenwärtigen Lage.

Wildicke fand seinen Freund in einer Stimmung, die ihn hoffen lassen durfte, daß es ihm nicht zu schwer fallen würde, diesen seinen Plänen gefügig zu machen, denn Hotte war verliebt und verschuldet. Sein Ideal war, die Berta Schmider zu heiraten, eine Schankwirtschaft zu übernehmen oder neu zu begründen und dann als unabhängiger Mann für sich und seine Familie sein ruhiges Auskommen zu haben.

Wildicke beschränkte sich während dieses ersten Gesprächs auf die Rolle eines teilnehmenden Zuhörers. Nebenbei ließ er einige Bemerkungen, die er aus Versammlungen aufgegriffen hatte, fallen über die ungleiche Verteilung der Güter, über die große enterbte Masse und dergleichen.

Dieser ersten Begegnung folgten schon in den nächsten Tagen weitere. Es wurde immer dasselbe Thema behandelt, und ganz unmerklich machte Wildicke bestimmtere Andeutungen über die Art und Weise, wie ein entschlossener und vorurteilsfroher Mann zur Beseitigung der schreienden Mißstände und Ungerechtigkeiten des Geschicks und zu dem großen Werke eines allgemeinen Ausgleichs für seinen Teil doch erheblich beitragen könne.

(Fortsetzung folgt.)

Ausführung des Mietgesetzes.

Das Reichsmietengesetz ist bekanntlich nur eine Art Rahmengesetz und überläßt in zahlreichen Punkten die nähere Regelung der Obersten Landesbehörde. Da das Reichsmietengesetz in Preußen bereits am 1. Juli in Kraft treten soll, müssen bis zu diesem Zeitpunkt auch die Ausführungsbestimmungen feststehen. Das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt hat zu diesem Zwecke dem Staatsrat den Entwurf einer Ausführungsanweisung zum Reichsmietengesetz mit der Bitte übersandt, eine Aeußerung darüber herbeizuführen.

Die Anweisung ist noch bedeutend umfangreicher als das Gesetz. Fast zu jedem Paragraphen werden Bestimmungen gegeben, die ihrerseits wiederum zum Teil erst von den Gemeindebehörden durch weitere Vorschriften zu ergänzen sind. Die Anweisung enthält zunächst Angaben über die Ermittlung der „Grundmiete". Die Grundlage des Mietzinses bietet die Friedensmiete vom 1. Juli 1914. Hiervon werden zunächst Abzüge gemacht, und zwar 20 Prozent für Instandsetzung und Betriebskosten, 9 Prozent für Sammelheizung, 3 Prozent für Warmwasserversorgung. Zu der so ermittelten Grundmiete kommen dann die Zuschläge, deren Festsetzung in den größeren Gemeinden den Gemeindebehörden, in den kleineren bis zu 2000 Einwohnern den Kreisausschüssen zustehen soll. Unter die Betriebskosten sollen auch gerechnet werden Straßenreinigungsgebühren, Müllabfuhr, Schornsteinfegergeld, Treppen- und Flurbeleuchtung sowie ein billiges Entgelt für die für das Haus aufgewandte Tätigkeit. Zuschläge für Abschreibungen und die sogenannte Risikoprämie sind nicht zugelassen.

Umfangreiche Vorschriften betreffen die Instandsetzungsarbeiten. Die Anweisung stellt es dem Vermieter anheim, sich mit der Mietvertretung auf einen für längere Zeit aufgestellten Verwendungsplan bezüglich dieser Zuschläge für laufende Reparaturen zu einigen. Der Vermieter hat zweimal im Jahre — in den ersten zehn Tagen des Februar und August — der Mietervertretung auf deren Antrag über die Verwendung der Gelder für die laufenden Instandsetzungsarbeiten Rechnung zu legen. Es wird von der Gemeindebehörde eine Schlichtungsstelle eingerichtet, der auch die Anordnung derjenigen vom Eigentümer unterlassenen laufenden Instandsetzungsarbeiten zusteht, die für die Erhaltung des Hauses und der Wohnungen notwendig sind.

Für die großen Reparaturen hat wieder die Gemeindebehörde die Höhe des Zuschlages zu bestimmen, doch weist der Minister sie ausdrücklich an, davon auszugehen, daß der Zuschlag nur zur Schaffung von Mitteln, nicht der Mittel für die großen Instandsetzungsarbeiten dient und nur für die Verzinsung und Tilgung des hierfür aufgewandten Kapitals zu verwenden ist. Von diesem Zuschlag ausgenommen werden diejenigen Gebäude, welche nicht mehr als drei selbständige Wohnungen enthalten, und die, die nach dem 1. Januar 1920 den Eigentümer aus einem anderen Grunde als infolge Erbfalles gewechselt haben.

Wie bereits erwähnt, unterliegt die Ausführungsanweisung zunächst noch der Begutachtung durch den Staatsrat. Erst wenn die endgültige Ausführungsanweisung feststeht, wird sich die Höhe der mit dem 1. Juli eintretenden Miete einigermaßen berechnen lassen. Auch hier wird nicht wie bisher ein allgemeiner Zuschlag die Errechnung erleichtern; sondern es wird eigentlich jedes Haus und jede Wohnung nach der Belastung für den Mieter individuell behandelt werden. Eine ungeheure Arbeit, die an die Mieteinigungsämter ganz ungeheure Anforderungen stellen wird.

Amerika lehnt ab.

Die amerikanische Antwort an Schanzer.

Der amerikanische Botschafter in Rom Child hat dem Präsidenten der Genuakonferenz eine Note des Staatssekretärs Hughes übergeben, in der er die Einladung zur Teilnahme an der Haager Sachverständigenkonferenz ablehnt.

In der Note wird ausgeführt, daß die amerikanische Regierung immer den Wunsch gehabt habe, ihre Mithilfe in jeder Weise zu leihen, um die wirtschaftlichen Bedürfnisse Rußlands zu prüfen, aber an der Konferenz im Haag könne Amerika nicht teilnehmen; denn diese scheine nur eine Fortsetzung der Konferenz von Genua unter einer neuen Bezeichnung zu sein, und es scheine weiter, daß auch diese neue Konferenz denselben Schwierigkeiten begegnen werde wie die alte, wenn die in der Denkschrift der Russen vom 11. Mai bekundete Haltung nicht abgeändert werde. Die amerikanische Regierung sei jederzeit bereit, mit den anderen Regierungen, die die Einladung abgesandt hatten, zusammenzuarbeiten, um die Wirtschaftslage Rußlands durch Sachverständige prüfen zu lassen und die Heilmittel festzustellen, die unbedingt aufgewendet werden müssen. Aber die gegenwärtige Anregung, die augenscheinlich auf dem russischen Memorandum vom 11. Mai aufgebaut sei, mache der amerikanischen Regierung eine Mitwirkung bei der Ausführung der vorgeschlagenen Pläne unmöglich.

Jubel in Frankreich. — Bestürzung in England.

Während die französische Presse über die Ablehnung Amerikas jubelt, wird sie in England als ein schwerer Schlag empfunden. Ein englisches Blatt nennt es unverhohlen eine Katastrophe und fragt, wie denn die Haager Konferenz arbeiten solle, wenn ihr zwei Räder fehlten, Deutschland und Amerika.

Ein anderes Londoner Blatt bezeichnet die Weigerung der Vereinigten Staaten, irgend etwas mit der geplanten Sachverständigen-Konferenz im Haag zu tun zu haben, als die Krone der Enttäuschungen von Genua. Das schnelle und nachdrückliche „Nein" Hughes' bedeute einen ernsten Schlag. Genua habe keinen Erfolg gehabt und die Aussichten für die Haager Konferenz seien keineswegs vielversprechend.

Trotz alledem sieht die englische Delegation die amerikanische Antwort nicht als eine endgültige Ablehnung an, sondern steht auf dem Standpunkt, daß die Note noch eine Verständigung über Zweck und Ziel der Sachverständigen-Konferenz im Haag ermögliche. In einer Besprechung zwischen Lloyd George, Facta und Child wurde beschlossen, daß die Konferenz von der amerikanischen Regierung Aufklärungen über die Absichten der amerikanischen Regierung verlangen will. Eine entsprechende Antwortnote wurde sofort abgefaßt und nach Washington telegraphiert. Die allgemeine Auffassung ist die, daß Amerika in irgendwelcher Form an der Lösung der russischen Frage teilnehmen wird.

Morgans Reparationsvorschlag.

Herabsetzung der deutschen Schulden.

Nach einer Pariser Pressemeldung wird in Kreisen des am 24. Mai in Paris zusammentretenden Anleiheausschusses eine Herabsetzung der deutschen Wiederherstellungsverpflichtungen auf 70—80 Milliarden Goldmark in Erwägung gezogen.

Ein bekannter City-Bankier hat der „Westminster Gazette" einige wichtige Einzelheiten über die Vorschläge Morgans mitgeteilt. Zunächst müsse eine Vereinbarung zwischen den Alliierten zustande kommen, um den augenblicklichen Reparationsbetrag auf eine vernünftige Summe herabzusetzen. Zweieinhalb Milliarden Pfund Sterling würden als solche Summe angesehen, wobei noch in Anschlag gebracht werden müsse, was Deutschland bereits gezahlt habe, und was unter Ausschluß des abgetretenen Staatseigentums Sir Robert Horne auf 200 Millionen Pfund Sterling veranschlagt habe. Auf dieser Grundlage dürfte Deutschland, wie angenommen werde, in der Lage sein, den Zins- und Amortisationsbetrag für seine Schulden aufzubringen. Wenn Deutschland eine Anleihe erhalte, müsse es bereit sein, Garantien in Gestalt eines Pfandrechts auf die Zölle zu geben, und müsse außerdem eine Nebensicherheit, wie z. B. die Eisenbahnen, für die Bezahlung seiner Zinsen bieten und zu gleicher Zeit allmählich den Druck von Papiergeld einstellen.

Ob Deutschland sich auf diese Bedingungen einlassen wird, ist höchst zweifelhaft.

Erhöhung der Gütertarife.

Um 25 Prozent ab 1. Juni.

Nach einer amtlichen Mitteilung werden die Eisenbahngütertarife ab 1. Juni um 25 Prozent erhöht. Von einer Erhöhung der Tarife im Personen- und Gepäckverkehr soll bis auf weiteres Abstand genommen werden.

Die Eisenbahnverwaltung begründet die neue Erhöhung der Güter-, Tier- und Expreßguttarife mit der neuerlichen Steigerung der Materialpreise und persönlichen Ausgaben der Reichsbahn.

Durch die Kohlenpreiserhöhung vom 20. April steigert sich der Preis von Eisenbahndienstkohlen pro Tonne um 260 Mark oder um rund 27 Prozent. In derselben Zeit ist das Kubikmeter Eichenholz von 3400 Mark auf 4500 Mark, also um rund 34 Proz., die Holzschwellen von 240 Mark auf 350 Mark, d. h. um 46 Prozent, gestiegen. Die Verteuerungsziffer aller von der Eisenbahn gebrauchten Stoffe hat sich von 80 im Monat April auf 92 im Monat Mai erhöht. Die sächlichen Ausgaben der Reichsbahn steigern sich dadurch um rund 7 Milliarden. Dazu kommt vom 1. Mai ab die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Arbeiter um rund 12 Milliarden, so daß für das Rechnungsjahr 1922 rund 19 Milliarden zu decken sind.

Die neue Erhöhung soll gleichzeitig mit den bisherigen Erhöhungen demnächst in die Tarife organisch eingearbeitet werden; bei dieser Einarbeitung werden die Eisenbahnbeiräte mitwirken. Gleichzeitig soll von ihnen die Frage behandelt werden, wie den Gefahren vorzubeugen ist, die der Schiffahrt aus der derzeitigen starken Staffelung der Eisenbahntarife erwachsen.

*

Das überflüssige Personal bei der Reichsbahn.

Im Reichsverkehrsministerium trat dieser Tage der Eisenbahnorganisationsausschuß zusammen, um zu der Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie Stellung zu nehmen, in der bekanntlich festgestellt worden ist, daß die Eisenbahn ein überflüssiges Personal in Stärke von rund 300 000 Köpfen habe. Hierzu ließ die Regierung erklären, daß nach ihren Berechnungen die Zahl der überflüssigen Arbeitskräfte nur (!) rund 70 000 Personen betrage. Der Generalsekretär des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes Riedel vertrat den Standpunkt, daß auch die Umwandlung des Staatsbetriebes in eine Privatgesellschaft den Betrieb, der eine Million Bedienstete umfasse, nicht so entpolitisieren werde, wie der Reichsverband es sich vorstelle. Es sei wohl richtig, daß die Eisenbahn einen Ueberschuß an Personal habe, doch handle es sich um nicht qualifizierte Angestellte oder Beamte, deren Zahl leider nicht rechtzeitig von der Verwaltung abgebaut worden sei und die nun aus ihrer bisherigen Tätigkeit ein Gewohnheitsrecht machen wollen. Leider seien die Verhältnisse heute so, daß die qualifizierten Arbeiter heute den Eisenbahnbetrieb fluchtartig verlassen. Die Tariferhöhungen könnten den Fehlbetrag nicht decken, nur eine Verminderung der Betriebskosten könne der Eisenbahn Hilfe bringen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 18. Mai 1922.

— Der deutsche Delegierte für die deutsch-polnischen Verhandlungen, Minister a. D. Schiffer, ist nach der Unterzeichnung des Abkommens über Oberschlesien aus Genf nach Berlin zurückgekehrt.

— Die von einer Berliner Agentur verbreitete Nachricht von einer angeblich zu Pfingsten bevorstehenden Ernennung wird von der zuständigen Stelle in aller Form dementiert.

— Das Mandat des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Jaud (Bayer. Vp.) geht nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen von 1920 an den Verbandssekretär Weiler über.

— Die Reichstagsabgeordneten Eichhorn und Barthele haben um Wiederaufnahme in die Kommunistische Partei nachgesucht.

— Im hessischen Landtage hat die Fraktion der Deutschnationalen ein Mißtrauensvotum gegen den Staatspräsidenten Ulrich eingebracht, weil er als Leiter des Kultusministeriums den 1. Mai für schulfrei erklärt hat.

*

:: **Die zweite Reparationszahlung nach dem neuen Zahlungsplan.** Entsprechend der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März hat die deutsche Regierung die am 15. Mai fällige zweite monatliche Teilzahlung pünktlich geleistet. Wie die Reparationskommission mitteilt, sind bei der von dem Garantieausschuß bestimmten Bank ungefähr 50 Millionen Goldmark eingezahlt worden. Die erste Teilzahlung von ungefähr 18 Millionen Goldmark war am 15. April erfolgt. Im Anschluß an diese Mitteilung wird bemerkt, daß infolge des gegenwärtigen Kurses der Mark dieser Zahlung von „ungefähr 50 Millionen Goldmark in Wirklichkeit sogar etwas über 50 Millionen ausmache.

:: **Hermes über die Pariser Reparationsbesprechungen.** Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat die Pariser Vertreter der deutschen Presse im Botschaftsgebäude über den Stand seiner Besprechungen mit dem Wiedergutmachungsausschuß unterrichtet. Er machte davon Mitteilung, daß er mit den französischen Vertretern die materielle Behandlung der Reparationsfrage aufgenommen hat. Bei der ersten Besprechung habe er dem Vorsitzenden der Reparationskommission Louis Dubois in Anwesenheit des Vorsitzenden des Garantieausschusses Mauclere zu diesem Zweck mehrere Aufzeichnungen übergeben, die in der Hauptsache die jetzige Gestaltung des Reichshaushaltsplanes sowie die Zwangsanleihe betreffen und die zunächst zu einer allgemeinen Aussprache führten. In den nächsten Tagen werden die Einzelbesprechungen mit den Delegierten fortgesetzt werden.

:: **Der Oberschlesienvertrag vor dem Völkerbund.** Nach Unterzeichnung des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien hat der Präsident der Genfer Oberschlesienkonferenz Calonder dem Völkerbundsrat, der ihn seinerzeit mit der Leitung der Verhandlungen betraut hatte, ein unterzeichnetes Exemplar des Vertrages übergeben. Im Namen des Rates sprach Präsident Quinones de Leon Herrn Calonder den Dank für seine Amtsführung aus. Hierauf nahm der Völkerbundsrat einstimmig folgende Resolution an.

„Der Völkerbundsrat beschließt, daß die den Minderheitenschutz betreffenden Bestimmungen des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien mit Beginn ihres Inkrafttretens, wie es der Vertrag vorsieht, der Garantie des Völkerbundes unterstellt werden, vorbehaltlich ihrer Prüfung in der nächsten Tagung des Rates."

Hierauf ernannte der Völkerbundsrat auf Grund des Beschlusses der Botschafterkonferenz die Präsidenten der durch den deutsch-polnischen Vertrag endgültig ins Leben gerufenen internationalen Organisationen, und zwar entsprechend den Vorschlägen der beiden Bevollmächtigten Herrn Calonder zum Vorsitzenden der Internationalen gemischten Kommission und Herrn Prof. Kakenbeek zum Vorsitzenden des Schiedshofes.

:: **Vorstellungen Kardinal Schultes bei der Rheinlandkommission.** Kardinalerzbischof Dr. Schulte von Köln hat nach einem Gegenbesuch den Vorsitzenden der Interalliierten Rheinlandkommission Herrn Tirard persönlich auf die sehr peinlichen und harten Bedingungen aufmerksam gemacht, unter welchen die deutschen Zivilgefangenen in Frankreich zurückgehalten werden. Herr Tirard hat seine Bereitwilligkeit, sich zu verwenden, zugesichert.

:: **Englische Lügenmärchen.** Die „Times" greift erneut die Meldung von dem bereits mehrfach authentisch dementierten deutsch-russischen Militärabkommen auf und bemerkt, es sei in London Material eingetroffen, das zur Bestätigung des Vertragsabschlusses beitrage. — Es ist eine altbewährte Methode der Northcliffe-Presse, derartige Tendenzmeldungen zu Propagandazwecken ständig zu wiederholen. Deshalb wird nochmals amtlich festgestellt, daß ein Militärabkommen zwischen Deutschland und Sowjetrußland in keinerlei Form existiert.

:: **Umgestaltung der Zwangsanleihe?** Nach Meldung einer Korrespondenz soll im Gegensatz zu anderslautenden Meldungen beabsichtigt sein, die Zwangsanleihe nach folgenden neuen Gesichtspunkten durchzuführen. Bisher sollten Vermögen bis zu der Höhe von 250 000 Mark von der Zwangsanleihe verschont bleiben. Nach dem neuen Entwurf sollen bereits 100 000 Mark die Grenze für die Steuerfreiheit bedeuten. Zweitens sollte die Grenze der Höchstbelastung mit 10 v. H. erst bei 20 Millionen erreicht werden, nach dem neuen Entwurf bereits bei einer Million Mark. Bei einer zwanzigfachen Entwertung der Mark würden sich die Einnahmen durch die Zwangsanleihe auf zwei Goldmilliarden erhöhen und hierdurch der Steuerzahler nicht mit 7 Prozent, sondern mit etwa 15 Prozent belastet werden.

:: **Braunschweigische und thüringische Schutzpolizei.** Ueber die außerordentlichen Mißstände bei der braunschweigischen Schutzpolizei hat die demokratische Reichstagsfraktion eine Anfrage eingebracht, welche Maßnahmen die Reichsregierung gegenüber der braunschweigischen Regierung zu treffen gedenkt, um eine sofortige Beseitigung dieser Mißstände zu erreichen und Wiederholungen unmöglich zu machen. Ferner fragt die Fraktion, ob der Reichsregierung bekannt ist, daß am 11. März die Thüringer Landespolizei in Gotha einen Umzug nicht nur nicht zu schützen imstande war, sondern bei den Zusammenstößen sich teilweise in unzulässiger Weise parteilich gezeigt hat.

:: **Oltwig von Hirschfeld wieder in Strafhaft.** In der Presse ist die Frage aufgeworfen worden, ob der frühere Fähnrich Oltwig von Hirschfeld, der wegen geistiger Erkrankung in der Strafhaft in die Psychia-

rische Klinik in Freiburg gebracht war und unlängst aus ihr entlassen worden ist, nunmehr wieder in der Strafvollzug zurückgeführt ist. Hierzu erfährt der amtliche Preußische Pressedienst von zuständiger Stelle, daß Hirschfeld sich wieder in Strafhaft befindet, um den Rest der Gefängnisstrafe zu verbüßen, zu der er seinerzeit wegen des Revolverattentates auf den damaligen Reichsfinanzminister Erzberger verurteilt worden ist.

Rundschau im Auslande.

* Der Völkerbundsrat beschloß einstimmig, die Genueser Konferenz bezw. die einzusetzenden Sachverständigenkommissionen um die Prüfung und Lösung der durch die russische Hungersnot aufgeworfenen Probleme, vornehmlich auch in ihren wirtschaftlichen Zusammenhängen, zu ersuchen.

* Dem früheren amerikanischen Botschafter in Berlin, Gerard, ist das Offizierskreuz der französischen Ehrenlegion verliehen worden in Anerkennung der Dienste, die er französischen Gefangenen in Deutschland während des Krieges geleistet hat.

Frankreich: Das Ergebnis der Generalratswahlen.

* Die bei den Generalratswahlen erzielten Stimmenzahlen geben einen interessanten Ueberblick über die gegenwärtige Stärke der verschiedenen Parteien. Nach der vom Ministerium des Innern veröffentlichten Aufstellung haben erhalten: Konservative 238 294 Stimmen, republikanisch-demokratische Entente 405 925, Links-Republikaner 884 411, Radikale und Sozialistisch-Radikale 736 234, Sozialistische Republikaner 160 967, Sozialisten 275 842, Kommunisten 214 423. Das Wahlergebnis in Elsaß-Lothringen ist in dieser Statistik nicht berücksichtigt. Das Ergebnis der Generalratswahlen wird von den linksstehenden Blättern als „ein Erfolg der Politik des Blocks der Linken bezeichnet. Der „Temps" schreibt, der Sieg der Kantonalwahlen ist sehr klar. Die Politik des nationalen Blocks ist verurteilt, der nationale Block ist geschlagen.

England: Regierungsniederlage im Unterhaus.

* Die englische Regierung hat im Unterhause eine parlamentarische Niederlage erlitten, die die Zuverlässigkeit der Regierungspartei in einem eigentümlichen Lichte erscheinen läßt. Ein die Lehrerpensionen betreffender Antrag der Geddesschen Ersparungskommission wurde mit 151 gegen 148 Stimmen abgelehnt. Die Mitglieder der Arbeiterpartei, die Unabhängigen Liberalen und viele Anhänger der Regierungspartei stimmten gegen die Regierung und nahmen einen Beschluß auf Vertagung der Debatte an. Die politischen Folgen der Niederlage sind noch unklar.

Soziales.

✠ **Neue Löhne für die Staatsarbeiter.** Die im Reichsfinanzministerium wieder aufgenommenen Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die neuen Lohnsätze der Staatsarbeiter stehen vor dem Abschluß. Die erhöhten Löhne sollen möglichst Anfang Juni zur Auszahlung kommen.

✠ **Der Konflikt in der südwestdeutschen Metallindustrie** hat infolge der Nichtanerkennung der 48-stündigen Arbeitswoche durch die Arbeiterorganisationen eine Verschärfung erfahren. Infolgedessen wird die vom Verband der Metallindustriellen angekündigte Aussperrung der Metallarbeiter in den Bezirken Frankfurt, Darmstadt, Hanau, Offenbach und Oberursel in Kraft treten. Von der Aussperrung werden etwa 30 000 Arbeiter betroffen.

Aus Stadt und Land.

** **Unglaubliche Gefühlsroheit.** Im Januar 1919 wurde in Bobenheim a. Rh. im besetzten Gebiet der Arbeiter Wagner durch einen französischen Besatzungssoldaten, den Kanonier Auclair vom Artillerie-Regiment 86, getötet. Die Witwe stellte an die französische Besatzungsbehörde einen Antrag auf Entschädigung, da der Ermordete der einzige Ernährer seiner Familie war. Drei Jahre lang erhielt die Frau keinen Bescheid. Jetzt endlich wird ihr aus dem französischen Kriegsministerium mitgeteilt, daß ihr Antrag auf Entschädigung als unbegründet abgelehnt worden sei, da eine Verantwortung des französischen Staates nicht in Frage kommt.

** **Prof. Einstein — Mitglied des Völkerbundes.** Vom Völkerbundsrat wurden die Mitglieder des neu gebildeten zwölfgliedrigen Ausschusses zum Studium der internationalen geistigen Zusammenarbeit ernannt, darunter der bekannte Entdecker der Relativitätstheorie Professor Einstein, Berlin.

** **Das erste Hauptspiel in Oberammergau völlig ausverkauft.** Das Passionstheater war von zahlreichen Ausländern, vor allem Amerikanern, Engländern, Holländern und Spaniern, vollkommen überfüllt. Der Darsteller des Apostels Thomas, der an Lungenentzündung starb, wurde durch einen Ersatzmann ersetzt.

** **Diebische Postbeamte.** Auf das Gelsenkirchener Postamt wurde Ende des Jahres 1920 ein Ueberfall von zwei maskierten Räubern verübt, die mit 100 000 Mark Beute verschwanden. Der Ueberfall konnte damals nicht aufgeklärt werden und erst jetzt lenkten zahlreiche Güterunterschlagungen auf dem Bahnhof in Gelsenkirchen die Aufmerksamkeit der Behörden auf mehrere Postbeamte, die durch raffinierte Unterschlagungen amtlicher Papiere diese Diebstähle und, wie sich herausstellte, auch den eingangs erwähnten Raubüberfall verübt hatten.

** **Erzherzog Leopold — Bankkassierer.** Der unter dem Namen Leopold Wölfling lebende österreichische Erzherzog Leopold, der seit einiger Zeit mit schweren Nahrungssorgen zu kämpfen hatte, hat jetzt auf dem Wiener Ostbahnhof eine Stelle als Kassierer der Deutschen Bodenbank gefunden. Der Erzherzog trat bekanntlich vor einiger Zeit auch an deutschen Kabaretts als Conferencier auf.

** **Polnischer Bandenangriff in Oberschlesien.** Die Stadt Peiskretscham in Oberschlesien ist von polnischen Banditen angegriffen worden. Die Stadt wurde von der Apo und der Gemeindewache verteidigt. Nach einstündigem Kampfe konnten die Verteidiger die Banditen abschlagen.

** **Güterdiebstähle im Hamburger Hafen.** In letzter Zeit werden die Diebstähle im Hamburger Hafen so zahlreich, daß kürzlich an einem Tage über zwölf Personen zur Wache gebracht werden mußten, die gestohlene Sachen, wie Kaffee, Kakao usw. mit sich führten. Dennoch wird von seiten der Hamburger Hafenarbeiter die Entfernung der grünen Ordnungspolizei aus dem Hafen verlangt, die doch alle Hände voll zu tun hat, um die umfangreichen Diebstähle nach Möglichkeit zu verhüten.

** **Absturz eines tschechischen Militärflugzeuges.** In der Nähe von Sternberg in Mähren ist ein Militärflugzeug des Olmützer Flieger-Regiments auf bisher unaufgeklärte Weise in Brand geraten und aus ca. 800 Meter Höhe abgestürzt. Die beiden Insassen, ein Fliegeroberleutnant und ein Beobachter, sind völlig verbrannt.

** **Ein deutsches Munitionsdepot in Nordfrankreich explodiert.** Ein Lager von deutschen Granaten ist in der französischen Stadt Amiens explodiert. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen, da das Depot, das noch aus dem Weltkriege herrührt, sehr isoliert stand.

Kleine Nachrichten.

* **Der Streik** der Bäckergesellen in Halle (Saale) ist beendet, nachdem der Magistrat der Erhöhung des Brotpreises zugestimmt hat.

* In Wohlau (Schlesien) ist das alte Piastenschloß, das ehrige Kreisständehaus, infolge Feuerausbruchs vollkommen ausgebrannt.

* Die württembergische Kattunmanufaktur, die sich in Heidenheim befindet, ist das Opfer eines Riesenbrandes geworden. Der größte Teil der Fabrikanlagen ist völlig vernichtet.

* In dem holsteinischen Kurort Bad Oldesloe wurde von der Polizei eine Spielbank entdeckt und aufgelöst.

* Nach französischen Berichten sollen im Atlantik schwimmende Minen gesehen worden sein, die für die Schiffahrt eine große Gefahr bilden.

Gerichtssaal.

✠ **Das Schiffsunglück auf dem Wannsee.** Vor der Potsdamer Strafkammer wurde das Urteil im Prozeß über den Dampferzusammenstoß auf dem Wannsee, bei dem der Dampfer „Storkow" mit mehreren Passagieren unterging, gefällt. Der Angeklagte Wilhelm Nichelmann, Führer des Sterndampfers „Kaiser Wilhelm der Große", wurde wegen fahrlässiger Tötung unter Verletzung der Berufspflicht und der fahrlässigen Versenkung eines Schiffes zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

✠ **Der Zwischenfall von Petersdorf vor dem alliierten Sondergericht.** Vor dem interalliierten Sondergericht in Oppeln begann die Verhandlung gegen die angeblichen Urheber des Ueberfalls auf die französische Jägerkaserne in Gleiwitz-Petersdorf und gegen die Mörder des interalliierten Kriminalsekretärs Seichter. Die Anklage wirft den Beschuldigten Mord, Tötung, Zusammenrottung und Beihilfe zum Mord bezw. Tötung vor. Angeklagt waren 32 Personen, erschienen aber nur 18. Unter den Angeklagten befindet sich auch der Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei für Oberschlesien Conrad. Alle Angeklagten bezeichnen sich als nichtschuldig.

Volkswirtschaft.

Berlin, 17. Mai. (Börse.) An der Börse hat die Erholung wieder einer großen Unlust weichen müssen. Die paar Käufer sind wieder verschwunden. Das Angebot überwiegt. Die Spekulation hat ihre Abgaben von neuem aufgenommen. Verstimmend wirkt die neue Erhöhung der Bank- und Bankierprovisionen. Vom Markte für Devisen und Dollar, der mit 288 notierte, her gab es keine Anregung. Die Kursveränderungen in variablen Papieren waren meist ohne Belang.

Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	17. 5.	16. 5.	1914
100 holländische Gulden	11235	10963	167,— M.
100 belgische Franken	2401	2362	80,— „
100 dänische Kronen	6167	6007	112,— „
100 schwedische Kronen	7405	7240	112,— „
100 italienische Lire	1523	1489	80,— „
1 englisches Pfund	1287	1257	20,— „
1 Dollar	288	282	4,20 „
100 französische Franken	2636	2596	80,— „
100 schweizerische Franken	5548	5418	80,— „
100 tschechische Kronen	551	540	—,— „

Berlin, 16. Mai. (Warenmarkt.) Amtliche Notierungen für 50 Kilo ab Stationen: Weizen Märkischer 708—710, Pommerscher 705—716, Schlesischer 703—708. Roggen Märkischer 540—543, Schlesischer 540—543. Sommergerste 605—620. Hafer Märkischer 580—590. Mais La Plata Mai 468—470. Weizenmehl (100 Kilo) 1775 bis 1900. Roggenmehl (100 Kilo) 1190—1300. Weizenkleie 405—410. Roggenkleie 410—415. Raps 1075—1100. Viktoriaerbsen 650—690. Kleine Speiseerbsen 550—580. Futtererbsen 530—550. Lupinen blaue 450—480, gelbe 675—650. Seradella neue 1000—1100. Rapskuchen 395 bis 440. Trockenschnitzel 360—375. Vollwertige Zuckerschnitzel 550—600. Torfmelasse 170—180. — Heu und Stroh. Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station: Drahtgepreßtes Roggen-, Weizen- und Haferstroh 118—125, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 109—115, Roggenlangstroh 120—128, loses und gebündeltes Krummstroh 88 bis 94, Häcksel 150—160, handelsübliches Heu 220—230, gutes Heu 240—255 Mark.

Berlin, 17. Mai. (Schlachtviehmarkt.) Auftrieb auf dem Zentralviehhof: 1672 Rinder, 2545 Kälber, 1746 Schafe und 7002 Schweine. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht: Rinder 12—24,50, Kälber 16—33, Schafe 10—25 und Schweine 28—34,50 Mark. Das Geschäft war lebhaft.

Lokales.

Gedenktafel für den 18. Mai.

1804 Napoleon wird erblicher Kaiser — 1869 * Ruppert, ehemaliger Kronprinz von Bayern, in München — 1899 Erste Friedenskonferenz im Haag — 1908 † Der Nordpolfahrer Karl Kolbewey in Hamburg (* 1837) — 1911 † Der Komponist Gustav Mahler in Wien (* 1860).

△ **Kein öffentlicher Wetterdienst in diesem Sommer.** In diesem Sommer kann aus Mangel an Mitteln die telegraphische Verbreitung und der öffentliche Aushang der Wettervorhersage vorläufig nicht durchgeführt werden. Die Wettervorhersagen waren wegen ihrer zunehmenden Zuverlässigkeit mit der Zeit immer beliebtere Berater geworden. Sie wurden um die Mittagsstunde, wo sie gewöhnlich eintrafen, vielfach mit Spannung erwartet.

Schlußdienst.

Wieder ein Stinnes-Märchen.

— **Berlin,** 17. Mai. In einem Beleidigungsprozeß des antisemitischen Agitators Kunze gegen das „Berliner Tageblatt" wurde von seiten des Beklagten die Behauptung aufgestellt, daß Stinnes dem Kläger Kunze 180 000 Mark Unterstützungsgelder gegeben habe. Die „Deutsche Allgem. Zeitung" stellt demgegenüber fest, daß weder Stinnes noch einer seiner Unterstellten Kunze jemals mittelbar oder unmittelbar geldliche Zuwendungen bezw. moralische oder materielle Unterstützung gewährt hat. Gleichzeitig dementiert das Blatt die Behauptung der „Roten Fahne", daß Stinnes auch die „Deutsche Soziale Partei" materiell oder sonstwie unterstützt habe.

Die unpolitische Haager Konferenz.

— **Paris,** 17. Mai. Auf Anweisung Poincarés hat Barthou in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Genuakonferenz den Standpunkt der französischen Delegation hinsichtlich der Haager Konferenz dahin präzisiert, daß Frankreich sich im Haag nur dann vertreten lasse, wenn es sich um eine unpolitische Konferenz von Sachverständigen handele und wenn kein Regierungsmitglied, kein im Haag akkreditierter Gesandter, an der Konferenz teilnehmen werde. In französischen Regierungskreisen hegt man die Erwartung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Ablehnung zurücknehmen könnte, wenn sie erfahre, daß im Haag nur eine Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands vorgenommen werden solle.

Einverständnis der Sowjetdelegation.

— **Genua,** 17. Mai. In der heutigen Sitzung der politischen Unterkommission teilte Tschitscherin mit, daß die Sowjetdelegation die Vorschläge der einladenden Mächte annehme, aber einige Aenderungen wünsche. Abgesehen davon, daß den Russen der Haag als Konferenzort nicht genehm ist (sie würden Stockholm oder Wien vorziehen), wollen sie namentlich eine genauere Fassung des Waffenstillstandsabkommens in dem Sinne, daß auch die mit Moskau verbündeten Sowjetrepubliken gegen feindliche Angriffe geschützt werden.

Rußland fordert Deutschlands Einladung.

— **Genua,** 17. Mai. In der russischen Antwortnote auf die Beschlüsse der Ententemächte wird darauf hingewiesen, daß Deutschland eine sehr wichtige Rolle in der russischen Frage einnehme, und schlägt Deutschlands Einladung vor. Wenn man Deutschland nicht teilnehmen lasse, so sei das nicht richtig, weil der Vertrag von Rapallo die Kreditfrage zwischen Deutschland und Rußland nicht geregelt habe.

Befreiung von Antonienhütte.

— **Beuthen,** 17. Mai. Der polnische Banditenführer Gorka ist mit 46 Helfershelfern verhaftet worden. Die Interalliierte Kommission hatte je ein Bataillon Engländer und Franzosen mit Tanks und Autos nach Antonienhütte entsandt, die dem Banditenunwesen ein schnelles Ende bereiteten und einen großen Teil der Bande dingfest machten. Sämtliche Verbrecher, die im Alter von 18 bis 24 Jahren stehen und zu dem arbeitsscheuen Gesindel der Gegend gehören, wurden gefesselt nach Kattowitz gebracht. Der Schaden, den die Bande angerichtet hat, wird auf fünf Millionen Mark geschätzt.

Das Pensionskürzungsgesetz.

— **Berlin,** 17. Mai. Im Hauptausschuß des Reichstages berichtete Ministerialdirektor Sachs über die Haltung des Reichsrats zu dem Pensionskürzungsgesetz. Er legte dar, daß bei der jetzigen Entwertung des Geldes an dem Goldwerte gemessen die unteren Beamten ungefähr ihr Friedensgehalt beziehen, die mittleren nur die Hälfte, die höheren aber nur ein Drittel. Bedenke man, daß selbst die höchsten Pensionen nur drei Viertel des Gehaltes ausmachen, so sei klar, daß viele Pensionäre gezwungen seien, sich einen Nebenverdienst zu suchen, um ihre Familie durchzubringen. Dieser Nebenverdienst trage die allgemeinen Steuerlasten. Es sei bedenklich, durch Pensionskürzung diesen Beamten noch eine weitere Last aufzuerlegen. Der Kontrollapparat, den das Gesetz erfordere, werde kostspieliger sein als die Ersparnisse. Der Hauptausschuß beschloß, zur Prüfung der Frage einen Unterausschuß einzusetzen.

Freispruch im Albatros-Prozeß.

— **Leipzig,** 17. Mai. Das Reichsgericht hat den früheren Direktor der Albatros-Werke in Berlin, Ingenieur Wiener, der 1915 unter der Anklage zum Schaden der deutschen Marine den italienischen Militärbehörden wichtige Mitteilungen gemacht und Wasserflugzeuge an Italien geliefert zu haben, zu einem Jahr sechs Monaten Festung verurteilt worden war, im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen.

Preußischer Landtag.

— Berlin, den 17. Mai.

Zu Beginn der Sitzung nimmt das Haus ohne Aussprache den Gesetzentwurf über eine Erhöhung der Ausgleichszuschläge für Beamte und Lehrpersonen, die eine Ausgabe von rund 4 Milliarden Mark erforderlich machen, in sämtlichen drei Lesungen an.

Hierauf wird die zweite Beratung des Haushalts der Bergverwaltung fortgesetzt.

Abg. Sobottka (Komm.): Die Löhne der Bergarbeiter halten mit ihren vermehrten Leistungen nicht Schritt. Die geplante Umstellung der Staatsbergwerke wird nur dem Privatkapital den Weg öffnen, auch die Staatsgruben zu beherrschen und diese der Kontrolle des Landtages zu entziehen.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 17. Mai.

Etat des Reichsarbeitsministeriums.

Reichsarbeitsminister **Brauns** leitete die zweite Lesung des Haushalts des Arbeitsministeriums ein und verwies auf die umfangreiche Tätigkeit, die in diesem Ministerium in gesetzgeberischer Hinsicht entfaltet wurde. Die große Zahl von Gesetzen und Verordnungen, besonders auf dem Gebiete der Versicherung und Versorgung, hänge mit der Verminderung unseres Geldwertes zusammen. Die Gesetzgebung könne nur schrittweise der tatsächlichen Entwickelung folgen. Eine Schematisierung bezweckten die Gesetze nicht. Die besonderen Verhältnisse der Länder würden durchaus geachtet.

Grenzen in der Sozialpolitik würden uns besonders gezogen durch unsere Finanzen, unseren Güterverbrauch und unsere Gütererzeugung. Der Staat habe nichts Wertvolleres als die Arbeitskraft seiner Bürger, die geschützt werden müsse. Die Rechtsstellung der Arbeiterschaft, auch ihr Kulturleben, seien besser geworden. An der internationalen Arbeiterorganisation sei Deutschland ebenfalls beteiligt. Das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag sei allerdings erst von der Tschecho-Slowakei, von Rumänien und Indien ratifiziert worden. (Hört, hört rechts.) Mit der Vorlage über die Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau solle die allgemeine Frage der Arbeitszeit im Bergbau nicht abschließend geregelt werden. Ueber das Arbeitsgerichtsgesetz werde noch verhandelt. Der Kampf in der Metallindustrie sei nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch verhängnisvoll. Der Minister fordert dringend zu einem friedlichen Ausgleich auf.

Abg. Frau **Schröder** (Soz.) begrüßt die eifrige Tätigkeit des Arbeitsministeriums. Trotzdem seien alle Wünsche noch nicht erfüllt. Der Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, für die Arbeiterinnen unter Hinzuziehung von Frauen, ist notwendig.

Abg. **Behrens** (Dntl.): Der soziale Apparat arbeitet viel zu schwerfällig. Die Krankenkassen müssen in manchen Punkten entlastet werden, sonst droht ihnen der Zusammenbruch. Die einheitliche Gestaltung des Arbeitsrechtes ist notwendig. Die Arbeitsgerichte werden am zweckmäßigsten den ordentlichen Gerichten angegliedert. Sehr wichtig ist auch das Gesetz zur Regelung des Tarifvertragswesens. Im Achtstundentag muß in den acht Stunden auch wirklich Arbeit geleistet werden. Dem Beispiel der Bauern und Landarbeiter, die im Interesse der Volksernährung länger als acht Stunden arbeiten wollen, sollten insonderheit die Bergleute folgen, in denen landwirtschaftliche Maschinen und Geräte hergestellt werden.

Abg. **Karsten** (U.Soz.): Das Arbeitsministerium ist kein soziales Ministerium; es ist ein Arbeitgeberministerium. Jeder Eingriff in das Koalitionsrecht sollte fluchwürdig sein.

Abg. **Andre** (Ztr.) bittet den Minister, die Gesetzentwürfe, die besonders wichtig sind, in erster Linie vorzulegen. Die Angestelltenversicherung muß ihre Selbständigkeit behalten und weiter ausgebaut werden. In der Invalidenversicherung sind die Leistungen nicht im gleichen Verhältnis mit den Beiträgen gestiegen. Hier muß freilich auch die Selbsthilfe, vor allem auch seitens der Gemeinden, ergänzend eingreifen.

Abg. **Mordenhauer** (D. Vp.) tritt für eine zielbewußte Sozialpolitik ein. Leider hat die Erfüllungspolitik die Befriedigung unserer Gegner den Interessen der eigenen Volksgenossen vorangestellt. Am weiteren Ausbau des Arbeitsschutzes werden wir mitarbeiten. Der schematische achtstündige Arbeitstag ist ein wirtschaftliches Unglück.

Abg. **Erkelenz** (Dem.) verlangt, daß der Reichstag sich mehr mit den sozialen Problemen beschäftige. Wir fordern die soziale Selbstverwaltung, die Entstaatlichung der sozialen Fürsorge und Ergänzung durch die soziale Selbstverwaltung der Gewerbe und Berufe.

Abg. **Schwarzer** (Bayer. Vp.)) bedauert das geringe sozialpolitische Interesse in Deutschland, ebenso die Massenproduktion in Gesetzen durch das Arbeitsministerium. Die großen sozialpolitischen Fragen können in der Jetztzeit nicht gelöst werden.

Abg. **Bartz** (Komm.) wirft dem Reichsarbeitsminister vor, daß er seine Pflicht nicht erfüllt habe.

Das Haus vertagt sich schließlich auf Donnerstag 1 Uhr: Kleine Vorlagen.

Preußischer Landtag.

— Berlin, den 16. Mai.

Die Auslieferung der Mailänder Bombenattentäter.

Auf der Tagesordnung steht ein Antrag Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) betr. die Auslieferung der Italiener Boldrini, Ghezzi und Vacchi. Der Erstere ist ausgeliefert, die Auslieferung der beiden letzteren wird von der italienischen Regierung verlangt. Die Italiener sollen an dem Mailänder Bombenattentat beteiligt gewesen sein, dem bekanntlich auch mehrere Frauen und Kinder zum Opfer gefallen sind.

Abg. Dr. **Meyer**-Ostpreußen (Komm.) begründet den Antrag, der verlangt, daß die beiden zuletzt genannten Italiener nicht ausgeliefert werden und daß die Auslieferung Boldrinis gemißbilligt wird. Boldrini sei Anarchist und Syndikalist und habe aus idealistischen Gründen gehandelt.

In der Besprechung erklärt

Abg. Dr. **Regenborn** (Dntl.), es stehe fest, daß die deutsche Regierung das Recht zur Auslieferung hatte. Die christliche Verbrechen fielen überhaupt nicht unter das Auslieferungsrecht. (Andauernde Unterbrechungen bei den Kommunisten.) Man müsse wünschen, daß Deutschland von solchen Bombenwerfern freigemacht werde.

Abg. **Heilmann** (Soz.) verweist darauf, daß die Sozialdemokraten bei der Beratung des Justizetats einen ähnlichen genommenen Antrag gestellt haben auf Neuregelung der Auslieferung von Ausländern und auf Anpassung der bestehenden Auslieferungsverträge an den neuen Rechtszustand. Hoffentlich würden nun unberechtigte Auslieferungen verschwinden.

Abg. **Leid** (U.Soz.) stimmt den kommunistischen Anträgen zu.

Minister des Innern **Severing**: Wenn auch die Frage für die Auslieferung nicht gewahrt ist, so bleibt die Pflicht der Auslieferung bestehen. (Großer Lärm bei den Kommunisten.) Boldrini ist von den italienischen Behörden des Mordes beschuldigt worden. Ein gemeines Verbrechen kann nicht deshalb als politisches behandelt werden, wenn es in Verbindung mit einer politischen Aktion begangen wird. Diesen Standpunkt hat die preußische Staatsregierung schon bei der Angelegenheit der Auslieferung der Dato-Mörder eingenommen. Die Auslieferung ist gegen den Willen der preußischen Regierung durch die Reichsregierung ausgesprochen worden.

Abg. **Scholem** (Komm.) behauptet, daß die gesamte deutsche Arbeiterschaft gegen die Auslieferung der Italiener Stellung genommen hätte.

Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Es folgt die Weiterberatung des Berghaushalts.

Abg. **Seidel** (D. Vp.): Wir begrüßen es, daß der Minister so freudig an die Umstellung der Bergwerke herangeht. Besonderer Hebung bedarf unsere Steinkohlenproduktion. Wir hoffen, daß durch gemeinsames Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern das Ziel erreicht wird.

Abg. **Otter** (U.Soz.): Mit der Umgestaltung der Staatsbergwerke muß endlich begonnen werden. Unerträglich ist die Kohlensteuer.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen ½5 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden unser liebes Töchterchen

Anna Elisabeth

im Alter von 11 Monaten.

In tiefstem Schmerze!

Valentin Maul
Marie Maul, geb. Horn

Spangenberg, den 17. Mai 1922.

Die Beerdigung findet Freitag, den 19. Mai nachmittags 2 Uhr statt.

Eine fast neue kleine

Häckselmaschine

offeriert

Richard Mohr.

Geschlechtskranke!

Rasche Hilfe! Doppelte Hilfe.

Jeder Geschlechtskranke verlange im ureigenst. Interesse aufklärl. belehrende Broschüre über Marinestabsarzt Dr. Dammanns Heilmittel gegen Harnröhrenleiden (Ausfluß) frisch u. veraltet, gegen Syphilis, auch ohne Einspritzung, ohne Salvarsan, Quecksilber und sonstige Gifte, unauffällige Anwendung, keine Berufsstörung, Mannesschwäche, sexuelle Neurasthenie (in jedem Alter u. bei jeder Krankheitsdauer) Weißfluß, schnelle Heilung, bequeme Anwendung. Zusendung kostenlos ohne jede Verpflichtung in verschl. Brief ohne Absender geg. 4 Mk. (auch Marken) f. Doppelporto. d. Dr. med. H. Seemann G.m.b.H. Sommerfeld 262 (Bez. Frankfurt/O.) Lange Jahre bestehend. Tausend fremdl. Dankschreiben. Persönliche Untersuchung, Beratung u. Behandlung nur in den Sprechstunden der Dr. Dammann'schen Heilanstalten: Berlin, Potsdamerstr. 123B., 9-12, 4-7, Sonnt. 10-12. Breslau, Gräbschenerstr. 41, 9-11, 3-6, Sonntags 10—12. (Mittwoch keine Sprechstunde.) München, Theresienstr. 5, 10-1, 4-6, Sonnt. 10-12. Zusendg. der Broschüren erfolgt nur ab Sommerfeld. Leiden genau angeben!

Reichsbund der Kriegsbeschädigten Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen

(Ortsgruppe Spangenberg und Umgegend)

Sonntag, den 21. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr findet im Gasthof „Zum Hindenburg"

Monatsversammlung

statt. Vollzähliges Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Ia. Sauerkraut
grüne Bohnen
Richard Mohr

Turn- Verein

„Froher Mut"

Sonntag 11⁴⁵ Abmarsch vom Vereinslokal nach Neumorschen.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Maurer u. Putzer

für Dauerbeschäftigung gesucht. **Baustellen: Hess.-Lichtenau.** Bequeme Zugverbindung.

Fritz Röder

Hoch- u Tiefbau-Unternehmung
Hess.-Lichtenau

Saatgerste, Saatwicken, Saatfeldbohnen, Saatlupinen, Saatmais, Leinsaat, Rotkleesamen, Schwedenkleesamen, Runkeln etc.

offeriert billigst

Richard Mohr.

Jungdeutscher Orden

Die Bruderschaft ist zum Turnfest am 21. ds. Mts. in Neumorschen eingeladen. Die Gefolgschaft Spangenberg trifft sich am kommenden Sonntag ¾12 Uhr im „Grünen Baum", um gemeinsam mit dem hiesigen Turnverein abzumarschieren.

Der Gefolgsmeister.

Freitag früh

frische Fische

Richard Mohr.

Amtlicher Teil.

Höherversicherung der Gebäude.

Auf die Bekanntmachung des Direktors der Hessischen Brandversicherungsanstalt zu Cassel vom 4. 5. 22 (Nr. 113 des Mels. Tgbl. vom 16. 5. 22) wird hierdurch hingewiesen. Hiernach ist zugelassen, daß die Gebäude bis zur Höhe der örtlichen Ueberteuerungskosten versichert werden. Die Höherversicherung darf 1500 vom Hundert des ursprünglichen Versicherungswertes übersteigen.

Anträge sind unter Angabe des Hundertsatzes der gewünschten Höherversicherung und unter Beifügung der Brandversicherungsscheine unmittelbar an die Hessische Brandversicherungsanstalt oder die Landesrenterei zu richten. Auch der Herr Straßenmeister nimmt Anträge entgegen.

Zur Vermeidung von unübersehbarem Schaden empfiehlt die Brandversicherungsanstalt den Gebäudeeigentümern dringend, ihre Versicherungen nachzuprüfen und erforderlichenfalls eine ausreichende Höherversicherung alsbald zu beantragen.

Spangenberg, den 15. Mai 1922.

Der Bürgermeister,
Schier.

Offenlegung einer Heberolle.

Die Heberolle über die von den Unternehmern land- und forstwirtschaftlicher Betriebe der Stadt Spangenberg für 1921 zu zahlenden Umlagebeiträge sowie die von den Mitgliedern der Haftpflicht-Versicherungsanstalt für 1921 zu zahlenden Beiträge liegt vom 19. Mai 1922 ab zwei Wochen lang auf dem Bürgermeisteramt zur Einsicht der Beteiligten aus. Binnen zwei Wochen nach Ablauf der Frist können die Unternehmer gegen die Beitragsberechnung bei dem Sektionsvorstande in Melsungen Widerspruch erheben. Im übrigen bleiben sie zur vorläufigen Zahlung verpflichtet.

Für die Haftpflichtversicherungsanstalt werden Umlagebeiträge für das Jahr 1921 nicht erhoben. Dagegen sind mit Rücksicht auf die große Teuerung auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens und die darauf hervorgerufene Steigerung der Entschädigungsleistungen usw. die satzungsmäßigen Beiträge durch einstimmigen Beschluß der Genossenschaftsversammlung auf das Zehnfache der früheren Beiträge erhöht worden.

Beitrittserklärungen für die Haftpflichtversicherungsanstalt werden hier entgegengenommen. Wir verfehlen nicht, auch bei dieser Gelegenheit die Betriebsunternehmer auf die Vorzüge der Anstalt hinzuweisen. Ueber 200 Landwirte sind bereits Mitglieder der Anstalt.

Spangenberg, den 17. Mai 1922.

Der Magistrat,
Schier

Schutz vor Polizeistrafe.

Wer sich vor Strafe schützen will, beachte die Vorschriften über das Auslegen von Bettzeug usw. in den Fenstern und die Beaufsichtigung der Gänse außerhalb eingefriedigter Grundstücke.

Spangenberg, den 17. Mai 1922

Die Polizeiverwaltung.
Schier.

Verlegung eines öffentlichen Weges.

Die Firma Heinz & Salzmann wünscht, daß das städtische Wegestück (Kartenblatt 22, Parzelle 206), soweit es das Betriebsgelände der Firma durchschneidet, in ihr Eigentum übergeht und das in der Richtung auf den Ausgangspunkt des neuen Weges im Dörnbach verlaufende Wegestück der Firma an seine Stelle tritt (Austausch). Mit dem Einverständnis der Stadt ist zu rechnen.

Das Vorhaben wird gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 89 (G. S. S. 237) hierdurch veröffentlicht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen zur Vermeidung des Ausschlusses innerhalb 4 Wochen, vom Tage nach der Veröffentlichung an gerechnet, bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Spangenberg, den 16. Mai 1922.

Die Wegepolizeibehörde:
Schier, Bürgermeister.